JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

KORRESPONDENTEN IN ALLEN JÜDISCHEN ZENTREN

JEWISH PRESS NEWS ASSOCIATION

REDAKTION UND VERLAG: OSCAR GRÜN



TELEGR.-ADR.: „PRESSCENTRA ZÜRICH“
POSTCHECK-KONTO VIII 5166

BUREAU CENTRAL DE LA PRESSE JUIVE

ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 10
TEL.: SELNAU 32 51

Nummer 24 | 21. März 1919 | י"ט אדר שני תרע"ט | Preis 25 Cts.

Abdruck gegen Quellenangabe

Weizmann über den Empfang der zionistischen Delegation bei der Friedenskonferenz.

Das jüdische Korrespondenzbüro im Haag meldet: In der Londoner zionistischen Konferenz erstattete Weizmann einen ausführlichen Bericht über den Empfang der zionistischen Delegierten bei der Friedenskonferenz am Donnerstag, den 27. Februar 1919.

Am Mittwoch wurde dem zionistischen Büro in Paris mitgeteilt, dass die Delegierten am nächsten Freitag empfangen werden würden. Am Mittwoch Abend jedoch wurde von der französischen Regierung telephoniert, dass der Empfang am nächsten Tag stattfinden würde und zwar sollten *Sokolow* und *Weizmann* für die Zionistische Organisation, *Jakob de Haas* für die amerikanischen Zionisten, *André Spire* für die französischen Zionisten und *Sylvain Lévi* für die französischen Juden erscheinen. Diese Mitteilung überraschte die zionistischen Delegierten sehr. Sie teilten der französischen Regierung mit, dass man sie für Freitag verständigt hatte, und dass der amerikanische Vertreter, der an der Konferenz teilnehmen soll, Donnerstag nicht anwesend sein könne. Ferner verlangten sie, dass *Ussischkin* für das russische Judentum erscheinen soll und fragten, wen Sylvain Lévi eigentlich vertrete. Die Antwort lautete, dass Sylvain Lévi die französischen Juden vertrete, und dass es bedauerlich sei, dass der amerikanische Zionist nicht anwesend sein könne, dass es aber nicht möglich sei, die Sache auf Freitag zu verschieben. „Wir versuchten“, so erzählt Weizmann, „Sylvain Lévi zu erreichen. Er war nicht zu finden, denn er war in der Oper. Wir stellten uns mit dem Fliegerkorps in Verbindung und fragten, ob es nicht möglich sei, Herrn de Haas mit einem Flugzeug nach Paris zu bringen. Es wurde geantwortet, dass das Wetter zu schlecht sei; falls das Wetter sich ändern sollte, so würde uns ein Apparat zur Verfügung gestellt werden. Wir protestierten ferner bei der amerikanischen und britischen Regierung gegen die vorgenommene Aenderung, wodurch der amerikanische Vertreter nicht anwesend sein konnte. Die Antwort lautete aber, dass die Einberufung vom Sekretariat der Konferenz ausging.“

Nachdem wir uns am Donnerstag früh mit Herrn Sylvain Lévi telephonisch in Verbindung gesetzt hatten, suchte er uns in unserem Büro auf. Sokolow der allein mit ihm war, teilte ihm mit, dass wir am Nachmittag zur Konferenz gehen sollen und er darauf rechne, dass er uns nicht entgegenarbeiten würde. In diesem Augenblick kam ich herein und wiederholte, was Sokolow gesagt hatte. Herr Lévi antwortete, dass er uns vielleicht doch werde entgegensprechen müssen. Wir berieten hierauf was zu tun wäre und verteilten unsere Rollen. Es wurde beschlossen, dass Sokolow die Verhandlungen mit der Besprechung des ersten Punktes des Memorandums — die historischen Rechte des jüdischen Volkes auf Palästina — eröffnen würde. Er würde sechs bis acht Minuten reden. Wir fühlten, dass wir die Konferenz nicht zu lange aufhalten durften, sondern dass es besser sei, kurz und deutlich zu sein, damit die Möglichkeit gegeben sei, uns Fragen zu stellen. Ich selbst würde die weiteren Punkte in Bezug auf Palästina erläutern. Ussischkin würde im Namen der russischen Juden unsere Forderungen unterstützen und André Spire die Hauptpunkte nochmals zusammenfassen.

Also am Donnerstag Nachmittag um ½4 Uhr wurden wir zur Konferenz zugelassen. Sokolow sprach in Kürze klar und deutlich über den ersten Punkt. Er verwies auf die Erklärungen der Regierungen, erinnerte an die Anhänglichkeit des jüdischen Volkes an Erez Israel, das im Leben des jüdischen Volkes eine Hauptrolle spielt und schloss mit der Forderung der Errichtung einer nationalen Heimstätte in Palästina. Von meinem Platze aus konnte ich Sokolows Antlitz sehen. Ohne sentimental zu sein, darf ich sagen, dass 2000 Jahre schweren Leidens auf seinen Schultern ruhte und dass seine ruhige, würdige Auseinandersetzung auf die Anwesenden einen tiefen Eindruck machte. Ich selbst sprach dann über die ökonomische Lage des jüdischen Volkes und führte aus, dass der Krieg die Juden und das Judentum mehr als jedes andere Volk geschwächt habe. Alle Leiden des jüdischen Volkes finden ihre Ursache in seiner Heimatlosigkeit. Ich schloss meine Rede mit der Forderung der Gründung einer jüdischen nationalen Heimstätte. Meine Rede dauerte etwa sechs bis sieben Minuten. Ussischkin hielt dann eine kurze Rede in hebräischer Sprache. André Spire, namens der französischen Zionisten, unterstützte unsere Forderungen und verwies auf die Dienste, die Frankreich der Sache der Freiheit geleistet hat. Nachher sprach Sylvain Lévi. Im ersten Teil seiner Rede besprach er die Gründung der jüdischen

Kolonien in Palästina die Entwicklung des Hebräischen, die Chowewei-Zionbewegung, die Arbeit des Baron Rothschild und der Alliance. Er gab zu, dass die zionistische Arbeit einen grossen moralischen Wert hat. „Der Zionismus" sagte er, „hat die jüdischen Massen aufgerichtet und sie nach Palästina orientiert". Im zweiten Teil seiner Auseinandersetzungen versuchte er seine früheren Ausführungen zu widerlegen. Er sagte, Palästina ist ein kleines Land, das schon eine Bevölkerung von 600.000 Arabern hat, und da die Juden einen höheren standard of life haben, würden sie sicherlich diese ausschalten. Ferner führte er aus, dass die Juden, die nach Palästina gehen, vor allem russische Juden seien, die einen revolutionären Charakter haben und ein zersetzendes Element sind. Die Gründung der nationalen Heimstätte wirft die Frage der doppelten nationalen Zuständigkeit auf. *Er sprach 20 Minuten.* Als er zu Ende war fühlten wir, was über uns gekommen und wie gross dieser Chilul Haschem war. Wir berieten was zu tun wäre. Während wir alle nur sechs Minuten gesprochen hatten, hatte er zwanzig Minuten gebraucht. Eine Widerlegung seiner Ausführungen würde ein unwürdiges Schauspiel bieten. Glücklicherweise wurden wir durch eine Frage von Lansing gerettet: „Was verstehen Sie eigentlich unter *nationale Heimstätte?*" Ich antwortete ihm ausführlich, was wir darunter verstehen. Das bedeutet die Schaffung von Bedingungen, die dem Lande eine Aufnahme von jährlich 50 bis 60.000 Juden und ihre Ansiedelung daselbst ermöglichen. Die Errichtung von jüdischen Einrichtungen und Schulen, die Entwicklung des Hebräischen zu einer lebenden Sprache, die Förderung der jüdischen Kultur, die Schaffung einer Verwaltung, die aus den Bedingungen des Landes geboren, mit der Hoffnung, dass Palästina jüdisch werde wie England englisch. Ich fragte nachher Lansing, ob ich mich deutlich ausgedrückt habe und *er antwortete: „absolut".* Ich widerlegte nachher Sylvain Lévis Ausführungen an Hand eines französischen Beispiels: Vor dreissig Jahren gab es in Tunis 45.000 Einwohner, heute gibt es dort 5.000.000. Was die Franzosen in Tunis machen konnten, werden die Juden in Palästina auch imstande zu leisten sein, mit jüdischem Willen, jüdischem Gelde, jüdischer Kraft und jüdischem Enthusiasmus. Was die Frage der doppelten Staatsangehörigkeit anbelangt, verwies ich auf unser Memorandum. 95 % der Juden hegen diese Befürchtung nicht. Und was die russischen Juden betrifft, so sind es gerade diese gewesen, die das Werk, das Herr Lévi gerühmt hat, aufgebaut haben. Die Beratung war zu Ende. Herr Balfour sagte mir später, dass meine Rede so scharf war, wie das Sausen eines Schwertes. Balfour sandte uns gleich seinen Sekretär, um uns zu unserem Erfolg zu gratulieren. Nachdem wir aus dem Beratungssaal kamen, kam Lévi auf uns zu und reichte uns die Hand. Instinktiv zogen wir die unsrige zurück und sagten ihm: „Alles ist aus zwischen uns, Sie haben versucht uns zu verraten!" Am selben Abend gaben wir unsere Karte bei Lansing ab, und dankten ihm, dass er uns die Möglichkeit gegeben hatte, ihm die gewünschte Erklärung zu geben. Er bedauerte sehr, dass unser amerikanischer Gesinnungsgenosse nicht die Möglichkeit gehabt hatte, seine Ansichten zu äussern, aber wenn Prof. Frankfurter in Paris sei, könne er nochmals gehört werden. Ich teilte es Frankfurter mit, aber wir waren der Meinung, die Frage nicht wieder aufzuwerfen, und schrieben in diesem Sinne an Lansing, dass die amerikanischen Zionisten die Gelegenheit haben würden, in Detailfragen gehört zu werden. Wir besuchten auch die italienischen und britischen Vertreter und gewannen den Eindruck, dass unser Erfolg ein sehr grosser gewesen ist.

Am nächsten Morgen berichtete die ganze Presse über unsern Empfang. Nach dem Vorgefallenen war die Presse uns besser gesinnt, als wir erwartet hatten. Die einzige abweisende Stimme war die des Journal des Débats. Am selben Abend teilte Tardieu der Presse mit, dass Frankreich nicht gegen ein britisches trusteeship über Palästina und die Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina sei. Es ist interessant, dass die Worte „jüdischer Staat" gebraucht wurden, während wir dieselben vermieden haben. Eine Serie Interviews erschienen im Matin. Das Interview mit Emir Faisal hatte einen feindlichen Charakter. Faisals Sekretär verneinte das Interview und stellte fest, dass Faisal nur gesagt hätte, dass die Zionisten, falls sie unmittelbar einen Staat errichten würden, sie auf grosse Schwierigkeiten stossen würden. Darauf schrieb der Emir einen ausführlichen Brief an Felix Frankfurter für die zionistische Organisation in Paris (Siehe Nr. 22 der Mittlg. der J. P. Z.). *Der allgemeine Eindruck in Paris ist, dass unsere Sache gewonnen ist. Ich zweifle nicht daran, dass wir noch vor verschiedene Kommissionen werden kommen müssen. Wir haben in diesen Kommissionen eine Anzahl von Freunden. Ich bin überzeugt, dass unsere Definition der nationalen Heimstätte akzeptiert werden wird. Unsere praktischen Vorschläge werden diskutiert werden, aber im Prinzip ist die jüdische nationale Heimstätte eine Tatsache. Alles hängt nun von uns alleine ab. Lasst uns in dieser feierlichen Stunde aufstehen und sagen: Schehechejonu. Von heute an wird es für die Juden einen Gott, ein Land und ein Volk geben!"*

Die Konferenz antwortete mit einem innigen Amen.

Weizmanns Rede folgte ein stürmischer, langanhaltender Applaus. Der Dank der Konferenz wurde ihm ausgesprochen.

Von der Londoner Konferenz.

In der Sitzung von Mittwoch Abend, nach Dr. Weizmanns Bericht, erstattete Herr *Farbstein* den Bericht für die Emigrationskommission und setzte ihn am Donnerstag Morgen fort. Alle Vorschläge über Regelung der Auswanderung und Errichtung von Auswanderungsämtern wurden angenommen. Das Zentrum der Auswanderung soll London sein; ein zweites Zentrum soll in einem neutralen Lande geschaffen werden.

Donnerstag Nachmittag berichtete Eisenberg aus Rechoboth über den Zustand der jüdischen Kolonien und Disengoff über die Entwicklung Palästinas im Kriege.

Freitag morgen referierte *Wilkansky* über die Grundlagen der Kolonisation, dann *Fischer* über die Grundsätze der politischen Kommission für die Verwirklichung der jüdischen Forderungen, die der Friedenskonferenz vorgelegt wurden. Herr Fischer schlug gewisse Zusätze vor. Hierzu teilte Dr. *Weizmann* mit, dass die politische Situation von Einfluss auf die Forderungen an die Friedenskonferenz gewesen sei.

Eine eingehende Diskussion über die Grundlagen und Einzelheiten der politischen Arbeit füllte den Sonnabend Abend und den ganzen Sonntag aus. In der Diskussion wurde einstimmig folgender Beschluss angenommen: „Die zionistische Konferenz spricht den politischen Führern für ihre schwere Arbeit ihre Dankbarkeit und ihr Vertrauen aus. Eingedenk der gerechten und historischen Forderungen des jüdischen Volkes, die in seinen historischen Traditionen und in zahlreichen jüdischen Deklarationen ausgedrückt sind, ersucht die Konferenz die zionistischen Führer, für ihre künftige politische Arbeit die beschlossenen Resolutionen als Basis anzusehen." Diese Resolutionen waren von der durch die Konferenz gewählten politischen Kommission ausgearbeitet und der Konferenz vorgelegt worden.

Die Debatte über die Frage, ob in Palästina das gesamte Grundeigentum nationalisiert werden soll, oder ob auch Privatunternehmungen Boden erwerben dürfen, nahm am Montag einen aussergewöhnlich heftigen Charakter an. Der Kommissionsbericht war nicht einstimmig gefasst, sondern es lag auch ein Minoritätsvotum vor. Der Majoritätsbericht empfiehlt, dass der Boden in Palästina ausschliesslich unter der Verwaltung des jüdischen Konsuls (?) und des Nationalfonds stehen soll. Der Minoritätsbericht fordert dagegen, dass man Privatleuten nicht verbieten soll, ihre Kapitalien in Bodenbesitz zu investieren. Das Referat der Kommission erstatteten de Lieme und Kaplansky, und wurde der Majoritätsvorschlag durch Simon, Motzkin, Wilkansky, Schochat, Syrkin, Meyer Berlin u. a. unterstützt. Für den Minoritätsantrag sprachen Diesengoff, Eisenberg, Jean Fisher, Bublik und andere. Dr. Syrkin appelliert an die Rabbiner und Mitglieder des Misrachi, sich an die Thoravorschrift, dass Boden nicht für ewig verkauft werden dürfe, zu halten. Rabbiner Sylver beweißt, daß die erwähnte Thoravorschrift nicht den ihr jetzt unterschobenen Sinn habe. Wie schwach müssen die anderen Argumente Syrkins sein wenn er an die Frömmigkeit des Misrachi appelliert. Die Abstimmung wird verschoben und am nächsten Tage statt der Fortsetzung die Erziehungsfrage behandelt. Unter Vorsitz von Ussischkin wurde beinahe die ganze Debatte hebräisch geführt. Den Kommissionsbericht erstattete Dr. Jellin und an der weiteren Debatte beteiligten sich Wilkansky, Rabb. Berlin, Rabb. Lewenthal, Goldblum, Schochat, Farbstein und andere. Zwei Strömungen kämpften miteinander, eine verlangte, dass in den Schulen auch weiterhin die alten jüdischen Lehrfächer beibehalten bleiben sollen, während die andere Richtung — Poale Zion — verlangte, dass in den vom Volk erhaltenen Schulen nur weltliche Gegenstände und keine religiösen unterrichtet werden sollen. Zu einer stürmischen Szene kam es bei der Rede Dr. Syrkins, der bemerkte, dass der Tag nicht mehr ferne sei, wo unsere Thora, die der Poale Zion, als wahre Thora der sozialen Gerechtigkeit von allen akzeptiert werden wird. Die Misrachisten springen erregt auf und die Rabbiner wollen ihn nicht weiter reden lassen. „Die Thora Mosche Rabbenus *ist die wahre Thora.*" Dr. Syrkin versucht sie zu überschreien, rufend, dass auch er Anhänger der Thora sei, aber nicht der rabbinischen Deutungen. Nach vielen Mühen stellt Ussischkin die Ruhe wieder her. Drei Uhr morgens wird die Sitzung geschlossen und der Mittwoch als letzter Sitzungstag festgesetzt.

Mazzes für die jüdischen Kriegsgefangenen in Italien.

Der Sekretär des österreichischen Landeskomitees vom Roten Mogen David, Militärseelsorger Rabbiner *Bela Fischer,* ersucht uns um Aufnahme folgender Zeilen: „Lt. Meldung des Zentral-Komitees vom R.M.D. befinden sich ca. 50,000 jüdische Kriegsgefangene in den italienischen Kriegsgefangenenlagern. Im Vorjahr wurde für die Kriegsgefangenen in Italien durch das österreichische Rote Kreuz auf Grund der Reziprozität die Versorgung mit Osterbrot durchgeführt und haben wir in Oesterreich ca. 50,000 Kr. gesammelt, die wir im Wege des Zentral-Komitees dem italienischen Landes-Komitee für obgenannte Aktion zuführen liessen. Mit Rücksicht auf die derzeitige Lage in Deutsch-Oesterreich und in Erwägung dessen, dass wir ca. 2—3000 galizische heimkehrende Soldaten mit Zivilkleidern, Bequartierung und Verpflegung zu versorgen haben, bis die Verhältnisse im Osten sich geklärt haben und die Rückkehr in ihre früheren Wohnorte möglich ist, sind wir ausser Stande, derzeit für unsere bedauernswerten gefangenen Glaubensbrüder in Italien Geldhilfe aufzubringen. Eine Forderung auf Grund der Reziprozität, die Versorgung mit Osterbrot durchzuführen, können wir mit Rücksicht auf die Waffenstillstandsbedingungen nicht stellen, weil wir derzeit keine italienischen Kriegsgefangenen mehr haben. Ich stelle hiemit die dringende Bitte, im Namen des österreichischen Landes-Komitees R.M.D., als auch im Namen des Zentral-Komitees Luzern, alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, um unseren Kriegsgefangenen Brüdern in Italien Osterbrote und alles sonstige Erforderliche zu verschaffen. Wir bitten Sie, einen warmen Appell an das Permanente Komitee für Lebensmittelversorgung Europas in dieser Angelegenheit zu richten und behufs Beschaffung der Geldmittel an das stets hilfsbereite Herz unserer Glaubensgenossen in Dänemark, Schweden, Holland und Amerika sich zu wenden."

Polnische Kommission zur Lösung der Judenfrage.

Der „Jüdischen Presszentrale Zürich" wird vom Jüdischen Nationalrat für Ostgalizien telegraphiert, daß in der polnischen Konstituante in Warschau die Abgeordneten *Grabski, Glabinski* und Genossen namens der Nationaldemokraten einen Antrag auf Einsetzung einer Kommission zur Erörterung der Judenfrage eingebracht

haben. Aufgabe dieser Kommission, die aus 15 Mitgliedern bestehen soll, wird es sein, das gesamte auf die Judenfrage bezughabende Material zu sammeln, Enqueten durchzuführen und dem Landtage Vorschläge zur Lösung der Judenfrage in Polen zu unterbreiten. In dieser Kommission soll auch ein jüdischer Abgeordneter Platz finden.

Chronik.

Polen-Galizien.

Ein jüdischer Vertreter im Seniorenkonvent des polnischen Reichstages.

Laut Warschauer jüdischen Zeitungen soll der polnische Reichstagsmarschall Trompczynski erklärt haben, dass es ihm vielleicht gelingen wird, im Ausnahmsweg die Zulassung eines Vertreters der jüdischen Abgeordneten zum Seniorenkonvent des Reichstages zu erwirken. Zwecks Designierung dieses Vertreters hielt der jüdische Abgeordnetenverband eine Sitzung ab, wo beschlossen wurde, Prilucki in den Konvent und Dr. Thon als Stellvertreter zu nominieren.

— Ein aus Polen kommender Reisender berichtet in der Wiener „Jüdischen Morgenpost" vom 12. März über die Lage der Juden in Polen folgendes: Die Polen, die nicht mehr wagen offenkundige Judenpogrome zu veranstalten, geben jetzt diesen Pogromen einen neuen Namen „Kampf mit den Bolschewisten". Plötzlich sind alle Juden in Polen angeblich Bolschewisten geworden. Die polnischen Arbeitermassen wissen, dass die jüdischen Arbeiter in Polen, die in zwei Organisationen „Bund" und „Poale Zion" organisiert sind, mit dem Bolschewismus nichts zu tun haben. Trotzdem beschuldigen sie sie des Bolschewismus und betrachten sie als Feinde gegen die man kämpfen müsse. Die jüdischen Massen erleiden Höllenqualen seitens der aufgereizten Bevölkerung. Der Boykott hat schreckliche Formen angenommen und tausende Juden ökonomisch zugrunde gerichtet. Letztens begann man auch die Juden zu den Musterungen heranzuziehen. Bei dieser Gelegenheit werden die Regierungserlässe betreffs der Musterungen nicht beachtet, sondern die Juden von den Legionären auf den Strassen abgefangen, oder nachts aus den Betten herausgeholt und dabei schrecklich gepeinigt. Vor allem trachtet man dabei von den Juden Geld zu erpressen. Die jüdischen Vertreter haben in dieser Angelegenheit bei der polnischen Regierung interveniert, aber die Regierung beeilt sich nicht der unmenschlichen Behandlung der Juden seitens der polnischen Behörden Einhalt zu gebieten.

— In *Lemberg* soll sich letztens das Verhältnis zwischen Polen und Juden gebessert haben, indem nach Bekanntwerden der Pogrome in der Ukraine die Polen sich bestreben durch Versprechungen und bessere Behandlung die Juden für sich zu gewinnen. Die Juden verharren jedoch wie bisher in strengster Neutralität.

Ukraine.

Gegen die Pogrome in der Ukraine.

„Robotnitscha Gazeta" meldet: Das Zentralkomitee der ukrainischen sozialistischen Arbeiter protestiert im Namen der Partei gegen die in der Ukraine gegen die jüdische Bevölkerung in der letzten Zeit vorgekommenen Pogrome. Das Zentralkomitee der ukrainischen sozialistischen Arbeiterpartei fordert alle Parteimitglieder auf, bei der Verfolgung der Schuldigen mittätig und behilflich zu sein. Die Partei verurteilt jeden Pogrom; denn derselbe schadet nur der Revolution und verhindert die Vereinigung aller Proletarier.

Winnica. Der Minister für jüdische Angelegenheiten hat dem Grossukrainischen Ministerrat eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, wie die Pogrombewegung gegen die Juden in der Ukraine bekämpft werden soll.

Das Landwirtschaftsministerium hat ein Programm ausgearbeitet die durch den Krieg zerstörten Ortschaften wieder aufzubauen.

Berditschew 8. März. Laut einem Bolschewiki Telegramm haben die Bolschewisten Berditschew besetzt. Der ukrainische Pressedienst bestreitet diese Tatsache.

Tschernigow 9. März. Hier wurde ein Sowietrat gegründet und ein Exekutivkomitee von jüdischen und ukrainischen Kommunisten gebildet.

Kiew 9. März. Der jüdische kommunistische Arbeiterbund telegraphierte nach Moskau, dass der „Bund" sich an der dritten internationalen Konferenz der Kommunisten die jetzt in Moskau unter Führung von Lenin und Trotzki stattfindet, teilzunehmen bereit ist.

— Der Pressedienst der Delegation des Jüdischen Nationalrates für Ostgalizien meldet:

Die Regierung der westukrainischen Volksrepublik hat den Handel, Lebensmittel und Militärgebrauchsartikel ausgenommen, im ganzen Lande wieder freigegeben.

Am 23. Februar l. J. fand in Stanislau die konstituierende Sitzung der von der jüdischen Lehrerkonferenz, 17.—18. Jänner 1919, gewählten Landesschulkommission statt. Zu ihrem Präsidenten wurde gewählt: Professor *Horowitz*, Stanislau, Vizepräsident Frl. *Singer*, Stanislau, Sekretär *Glück*, für hebräisch, *Kramer*, Landessprachen. Ausserdem wurden Spezialreferenten bestimmt.

Die genannte Landesschulkommission besorgt im Einvernehmen mit dem Jüdischen Nationalrat für Ostgalizien die Vorarbeiten für den Ausbau des selbstständigen jüdischen Schulwesens.

— Aus *Drohobycz* wird berichtet, dass der dortige Jüdische Nationalrat unter Führung von Dr. *Backenroth* eine grosse Notstandsaktion für die armen jüdischen Massen in Drohobycz und Umgebung durchführt. Er hat eine jüdische Volkssteuer ausgeschrieben und ganz besonders die Grossindustriellen zur Beteiligung an der Aktion aufgefordert. Manche jüdische Fabrikanten haben 50.000 Kronen und mehr für diesen Zweck gespendet. Bei den Wahlen in die jüdische Konstituante am 16. März stellten die Zionisten 30 Kanditaten auf, während die restierenden 20 Mandate der Poale Zion, der jüdischen Sozialdemokratie (Z. P. S.) und den orthodoxen Organisationen zufallen sollen.

Kiew. Vor einem halben Jahre haben die jiddischistischen Parteien der Ukraine (Poale Zion, jüdische

Demokraten, Vereinigte Sozialisten und Bund) eine jüdische Kulturliga zwecks Hebung und Verbreitung des Jiddischen gegründet. Die Kulturliga entfaltet eine rege Tätigkeit. Sie besitzt bereits in etwa Hundert Orten Zweigstellen. Sie hat von dem Ministerium für Jüdische Angelegenheiten bei dessen Liquidierung die von diesem gegründeten Lehrerkurse und das Lehrerseminar übernommen und hat in Kiew eine jüdische Volksuniversität begründet. Nach dem Muster der ukrainischen Kulturliga haben sich ähnliche grosse Vereinigungen in Litauen und in der Krim gebildet. Auch die grosse hebräische Kulturvereinigung „Tarbuth" entwickelt in der Ukraine eine sehr rege und fruchtbare Tätigkeit.

Litauen.

Ein hebräisches Gymnasium in Mariampol.

In Mariampol (Kreis Suwalki) wurde auf Initiative der dortigen jüdischen Gemeinde, der zionistischen Lokalorganisation und der „Zeire-Zion" ein *hebräisches Gymnasium* mit vorläufig 5 Klassen eröffnet. Sämtliche Unterrichtsgegenstände, auch die allgemeinen Lehrfaches, werden in hebräischer Sprache gelehrt. Es sind folgende Sprachen vorgesehen: Lateinisch, Russisch, Deutsch, Französisch, Litauisch. Das Gymnasium, das unter Leitung von Dr. Max *Mayer* steht, zählt zurzeit 300 Schüler. In den unteren Stufen sind Parallelklassen eingerichtet. Es findet Koedukation statt.

Ein jüdisches Regierungstheater in Wilna.

Wilna. Die bolschewistische Regierung hat in Wilna ein Theater in allen fünf nationalen Sprachen eröffnet, darunter auch eines in jiddischer Sprache. Im jiddischen Regierungstheater werden nur bessere literarische Stücke, wie z. B. „Die puszte Kretschme" von Perez Hirschbein, u. a. aufgeführt. Theaterbillete erhalten in erster Linie nur die gewerkschaftlich organisierten jüdischen Arbeiter.

Deutschland.

Die deutschen Juden und der Friedenskongress.

Den deutschen Unterhändlern zur Friedenskonferenz wurde eine Unterkommission für jüdische Angelegenheiten beigegeben. Die Kommission besteht aus Prof. *Sobernheim* (2. Vors. d. Komitees für den Osten und Referent für jüdische Angelegenheiten im Auswärtigen Amt), Geheimrat Dr. *Fuchs* (Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens), Richard *Lichtheim* (ehemaliger Vertreter der Zionistischen Organisation in Konstantinopel).

Nationale Rechte für die deutschen Juden.

In der Sitzung vom 28. Febr. der deutschen Nationalversammlung hat der Abgeordnete Dr. Oscar *Cohn* angeregt, die nationalen Minderheitsrechte der Juden in der Verfassung niederzulegen. Diese Auffassung wird von der überwiegenden Mehrheit der jüdischen Bevölkerung Deutschlands und Deutschösterreichs geteilt.

Der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens erlässt nochmals dagegen eine Kundgebung. Dass sich aber diese Herren ausserdem mit internationaler jüdischer Politik beschäftigen, wo sie kein jüdisches Volk anerkennen, dagegen müssen die nationalen Juden sich mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln wahren. (J. K. H.)

Deutsch-Oesterreich.

Graz, 10. März. Bei der Sonntag stattgefundenen Kultuswahl, die sehr lebhaft verlief, wurden 20 Konservative und 4 Zionisten gewählt. Kultuspräsident Rendi ist wieder gewählt worden.

Ungarn.

— Trotz aller Sympathieerklärungen der ungarischen Regierungsmänner zu Gunsten des Zionismus hat die ungarische Regierung auf Betreiben der Assimilanten der ungarischen zionistischen Delegation zur Konferenz der Jüdischen Nationalräte in der Schweiz resp. Paris, die Ausfolgung der Pässe verweigert.

(Jüdische Morgenpost.)

Frankreich.

— Jules *Cambon,* der Direktor des französischen Auswärtigen Amtes, richtete am 4. Juni 1917 (also vor der Balfourerklärung) an Nahum Sokolow das folgende Schreiben:

„Sie hatten die Freundlichkeit, Ihren Plan vorzulegen, dem Sie Ihre Kräfte widmen und dessen Ziel die Entwicklung der jüdischen Kolonisation in Palästina ist. Sie sind der Meinung, dass falls die Umstände es erlauben, und andererseits die Unabhängigkeit der Heiligen Stätten garantiert wird, es ein Akt der Gerechtigkeit wäre, mit der Hilfe der Allierten, der Renaissance der jüdischen Nationalität in dem Lande, woraus das Volk Israel vor so vielen Jahrhunderten verbannt wurde, zur Verwirklichung zu helfen. Die französische Regierung, die in den Krieg eingegriffen hat, um ein unrechtmässig überfallenes Volk zu verteidigen, die den Kampf fortsetzt um den Sieg des Rechtes über die Macht zu versichern, kann nur Sympathie fühlen für Ihre Sache, deren Sieg mit dem der Allierten verknüpft ist.

Ich freue mich, Ihnen hiermit diese Versicherung geben zu können."

England.

Weizmann tritt in die Leitung der zionistischen Weltorganisation ein.

Die Londoner zionistische Konferenz hat beschlossen, dass Prof. Weizmann in das engere Aktionskomitee der Weltorganisation kooptiert werden soll. Die Mitglieder des grossen Aktionskomitees, die in London nicht anwesend sind, wurden telegraphisch um ihr Einverständnis ersucht.

— Der britische Staatssekretär für Indien, der Jude *Lord Montagu,* wurde zum Präsidenten der Finanzkommission der Friedenskonferenz ernannt. Die erste Sitzung dieser Kommission fand am 13. März statt. Die Kommission hat den Auftrag, Bericht zu erstatten über alle Finanzfragen, wie das Geldwesen und die Nationalschulden, die im Text des Friedensvertrages ihre Berücksichtigung finden müssen.

Italien.

Rom, 17. März. Bezüglich der Ankunft des Kardinals *Amette* in Rom und die Unterredung, die er vor seiner Abreise mit Clemenceau hatte, erinnert die „Tribuna“ daran, dass im Auftrage des Papstes Kardinal Pourne eine Reise durch Palästina unternommen hatte und dieser Tage nach Rom zurückgekehrt ist. Gleichzeitig hat Clemenceau die erwähnte Unterredung mit Amette, nach welcher dieser den Express nach Rom bestieg. Es ist sehr wahrscheinlich, daß Amette in Rom die *Palästinafrage* zur Sprache bringen wird.

Griechenland

— Im griechischen Journal officiel vom 8. Februar wurde ein Gesetz veröffentlicht, demzufolge jede Gemeinde, die von 50 jüdischen Familien dauernd bewohnt wird, gehalten ist, jährlich 12.000 Franken zum Unterhalt des israelitischen Kultus beizusteuern. (J. K. Z.)

— Die jüdischen Gemeinden Griechenlands traten vor kurzem zu einem Kongress zusammen, den der Grossrabbiner von Saloniki eröffnete. Er stattete den allierten Mächten und insbesondere Griechenland für ihre Sympatie für das zionistische Ideal seinen Dank ab. Nach den Beratungen nahm der Kongress eine Resolution an, in welcher er von der Friedenskonferenz Gleichberechtigung in politischer und religiöser Hinsicht für die Juden aller Länder, die nationale Autonomie dort, wo die Juden sie wünschten, forderte; ferner die Schaffung der politischen und ökonomischen Bedingungen für die Wiedererrichtung eines jüdischen Palästinas innerhalb seiner historischen Grenzen unter der Sachwalterschaft Englands, schliesslich den Eintritt der jüdischen Nation in die Gesellschaft der Nationen verlangt. Die griechische Rede des jüdischen Advokaten *Samuelides*, der die Wiederauferstehung Judäas und die Errichtung eines grösseren Griechenlands begrüsste, rief eine begeisterte Ovation hervor. (J. K. Z.)

Amerika.

Neuer antizionistischer Vorstoss.

Das Mitglied des amerikanischen Kongresses, Julius *Kahn* von Kalifornien, hat an Präsident Wilson ein Telegramm geschickt, worin er namens 150 jüdischer Notabeln gegen die Errichtung einer nationalen jüdischen Heimstätte in Palästina protestiert. Die Protestanten schicken auch eine Delegation nach Paris.

Herr Paul Nathan und Justizrat Dr. Fuchs können ruhig sein. Das internationale Assimilantentum wird das jüdische Volk schon verraten. (J. K. H.)

— Der amerikanisch-jüdische Kongress, der sich vertagt hatte, um zuerst die Berichte der zur Friedenskonferenz entsandten Delegation über deren Verhandlungen entgegen zu nehmen, soll unmittelbar nach Rückkehr der Delegation nach Amerika wieder zusammentreten. (K. Z. B.)

Palästina.

„Palestine“ bespricht in einem Artikel die Palästinafrage und schreibt in diesem Zusammenhang über die britische Verwaltung in Palästina, dass zwischen den Absichten der Londoner Staatsmänner und der Verwaltung in Palästina keine Uebereinstimmung bestehe. Die Verwaltung ist noch immer eine militärische und steht unter Leitung von Offizieren, die in Aegypten und Indien Schule gemacht haben, ferner unter der Herrschaft von Arabern, die alle Aemter für sich in Beschlag nahmen. Die arabischen Verwalter missbrauchen ihre grosse Macht um der jüdisch-nationalen Sache entgegenzuarbeiten. Das Resultat einer solchen Administration ist dann auch, dass die Juden fortwährend um ihre Rechte kämpfen müssen. Es handelt sich meistens um Prinzipienfragen. Die Juden wünschen keine Ansiedelung von Malthesern auf palästinensischem Boden. Die Militärverwaltung aber will fremden Kapitalisten die Verkehrsmittel und ökonomischen Quellen Palästinas ausliefern, woraus die Notwendigkeit folgt, hier schnellstens einzugreifen, um die zionistischen Forderungen über das Mandat und dessen Charakter genau zu erfüllen, damit die jüdisch-nationale Heimstätte auch Wirklichkeit wird. Die zionistischen Vorschläge sind dreierlei Art. Verwaltungsvorschläge, Vorschläge bezüglich der ökonomischen Garantien und Vorschläge, die den jüdischen Willen ausdrücken, das jüdische Palästina zu verwirklichen. Das jüdische Volk wünscht nicht das Land zu regieren bis es die Majorität im Lande besitzt. Es verlangt aber, dass die Regierung nicht gegen das jüdische Volk ist und dass sie das Mandat, das jüdische Palästina aufzubauen, erfülle. Deshalb ist es notwendig, dass weder in den hohen Verwaltungsämtern, noch in den untergeordneten Stellen aktive oder passive Opposition gegen das jüdische Palästina besteht. Andererseits hat das jüdische Volk das Recht, an der Administration teilzunehmen. Was die ökonomische Seite betrifft, so muss den Juden des Landes der Bodenerwerb ermöglicht werden. Die ökonomischen Quellen des Landes müssen derart entwickelt werden, dass die grösstmögliche Anzahl der Juden zu aufbauender Arbeit gebraucht werden kann. Das jüdische Volk wird detaillierte Vorschläge unterbreiten, die dem Geiste des Mandates entsprechen. Palästina ist über die Stufen der allgemeinen Phrasen hinaus. Wer das Ziel wünscht, wünscht auch die Mittel.

— Ein Pariser Korrespondent des Jüdischen Korrespondenz-Bureaus im Haag schreibt:

„Ich hatte Gelegenheit eine Karte zu sehen, worauf die Regelung der Palästinafrage — wie Frankreich sie wünscht — durch den Direktor des Kabinetts des französischen Ministers des Auswärtigen Amtes, der die Syrien- und Palästinafrage behandelt, angegeben war. Auf dieser Karte sind die Gebiete, die den Juden event. zugewiesen werden, blau angezeichnet. Die Nordgrenze teilt Galiläa in zwei Teile, die Ostgrenze folgt dem Jordantale, die Südgrenze läuft nördlich Hebrons, während die Westgrenze durch die Küste gebildet wird. Dieser kleine Landesteil könnte den Juden zugestanden werden, und dies auch nur unter dem Protektorate Englands, Frankreichs, der Vereinigten Staaten und Italiens.

Das ist alles, was Frankreich den Juden überlassen will . . . .“

Schweiz.

— Auf die Initiative des Oberrabiners von Wien, Herrn Dr. H. P. *Chajes*, bildete sich in Zürich ein Komitee, das die Uebersommerung einer Anzahl jüdischer Kinder aus Wien in Schweizer jüdischen Familien anstrebt. Dem Komitee gehören die hiesigen Rabbiner Dr. *Littmann* und Dr. *Lewenstein*, Bankier *Bär* u. a. an.

Die „J.P.Z.“ ist eine Privatagentur — Jahresabonnement Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50 — Druck von Kopp-Tanner, Zürich